

Heidelberger Forum gegen Militarismus und Krieg

Heidelberg, 10.06.2026

PRESSEERKLÄRUNG

zur Heidelberger Friedenskonferenz am 13. Juni

zum 85. Jahrestag des deutschen Vernichtungskriegs gegen die Sowjetunion

Stadtkirche gegen Dialog – Hausverbot für Generalkonsul Russlands

Aus Anlass des 85. Jahrestag des Beginns des deutschen Vernichtungskrieges gegen die Sowjetunion am 22. Juni 1941 veranstalten pax christi Heidelberg und das Heidelberger Forum gegen Militarismus und Krieg wieder eine Heidelberger Friedenskonferenz. Sie findet am Samstag 13. Juni von 14 - 18 Uhr im Haus der Begegnung, Merianstraße 1 statt.

Der Krieg in der Sowjetunion wurde von der SS und Wehrmacht mit gezielter, beispielloser Brutalität geführt. Über 27 Millionen Sowjetbürgerinnen und Sowjetbürger fielen ihm zum Opfer. Die Konferenz will an dieses verheerende Verbrechen des deutschen Faschismus erinnern und an die sich daraus ergebende geschichtliche Verantwortung Deutschlands gegenüber den betroffenen Völkern, d.h. auch gegenüber den Menschen in Russland: die Verpflichtung zur Verständigung, zu einer Politik für Frieden und Entspannung.

Die Konferenz steht daher unter dem Motto „Respektieren - Zuhören – Verstehen“ und hat als inhaltlichen Schwerpunkt „Frieden in Europa: Abkehr vom Feindbild Russland – für eine neue Entspannungspolitik!“

Da die deutsche Politik von der geschichtlichen Verantwortung nichts mehr wissen will, den Dialog mit der russischen Seite verweigert und Vertreter Russlands sogar von Gedenkveranstaltungen an die Kriege Nazi-Deutschlands ausgeschlossen werden, war auch der Generalkonsul der Russischen Föderation in Bonn eingeladen worden. Er sollte u.a. mit Michael von der Schulenburg, der in vielen Friedensmissionen der UNO leitend im Einsatz war, Arno Gottschalk vom Erhard-Eppler-Kreis in der SPD und Dr. Theodor Ziegler von der evangelischen Initiative „Sicherheit neu denken“ Ansätze zur Wiederbelebung des deutsch-russischen Dialogs diskutieren.

Die Leitung der Katholischen Stadtkirche Heidelberg hat diese Diskussion jedoch untersagt. Obwohl die Konferenz eine Veranstaltung zum Gedenken an den 22. Juni ist, verhängte sie ein Hausverbot gegen den Generalkonsul als Vertreter Russlands. Wir sind empört über diese Missachtung der geschichtlichen Verantwortung gegenüber einem Land der ehemaligen Sowjetunion und enttäuscht, dass die Stadtkirche sich gegen eine originäre Aufgabe der Kirche stellt, den Einsatz für Frieden und Verständigung. Man hätte von ihr erwarten müssen, dass sie sich an ihrem Oberhaupt, Papst Leo XIV, orientiert, der unermüdlich zu Verhandlungen und zum Dialog aufruft.

Auch wenn Russland einen „schrecklichen Krieg“ führt, rechtfertigt das keineswegs die Verhinderung einer Diskussion mit dessen Vertretern. Auch die USA und Israel führen völkerrechtswidrige Angriffskriege, dennoch kommen ihre Vertreter in Deutschland ausführlich zu Wort. So konnte der israelische Botschafter Ron Prosor im November 2024, mitten im Krieg in Gaza, der international überwiegend als Völkermord eingestuft wird, die „Heidelberger Hochschulrede“ in der Alten Aula der Universität halten.

Während Prosor alleiniger Redner war, hätte sich der Konsul einer Debatte in einem inhaltlich breiten Podium stellen müssen. Wir verwahren uns daher gegen die Behauptung, die Diskussion wäre „russische Staatspropaganda“ gewesen und protestieren gegen die infame Überschrift „Ein russisches Propagandafest“ im RNZ-Artikel über die Friedenskonferenz.

Der Krieg in der Ukraine dauert nun schon unerträglich lange. Berlin und die EU stellen sich immer noch gegen Verhandlungen ohne Vorbedingungen und gegen Kompromisse, die den Realitäten in diesem Krieg Rechnung tragen. Sie setzen damit weiter auf Krieg, in der unrealistischen Hoffnung, doch noch bessere Verhandlungspositionen gegenüber Russland zu erreichen oder schlicht, um Russland möglichst langfristig zu schwächen – dies auf dem Rücken der Ukrainerinnen und Ukrainer. Dies ist zynisch und verantwortungslos und führt, wie wir in den letzten Tagen sahen, zur weiteren gefährlichen Eskalation: beide Hauptstädte stehen nun unter anhaltendem Beschuss.

Auch sonst spitzt sich die Lage dramatisch zu. Experten, wie der renommierte Ökonom und Diplomat Jeffrey Sachs, warnen, dass EU und Russland bereits in Richtung eines offenen Krieges schlittern könnten.

Russland ist unser europäischer Nachbar. Für eine stabile Friedensordnung in Europa müssen wir wieder zu einer Verständigung kommen, an der Entspannungspolitik des letzten Jahrhunderts anknüpfen und die Spaltung überwinden, die mit der Expansion der NATO bis an die russischen Grenzen einsetzte.

Wir halten es daher für dringend geboten, wie auch Jeffrey Sachs an Bundeskanzler Merz appelliert, dass Berlin endlich „die Diplomatie gegenüber Russland sucht, anstatt den Krieg zu normalisieren“ – aus der geschichtlichen Verantwortung heraus, aber auch weil Deutschland eine erhebliche Mitverantwortung für die aktuelle Situation trägt.

Die Heidelberger Friedenskonferenz am Samstag soll dazu Anregungen für eine öffentliche Debatte darüber geben.

Weitere Angaben zur Konferenz finden sie unter:

https://antikriegsforum-heidelberg.de/russland/friedenskonferenz_hd_2026.html

Für Nachfragen steht Ihnen Joachim Guilliard (0171/5813890) gerne zur Verfügung.